

erhöhen wird. Damit wäre nahezu eine Verdoppelung der Reserven in den letzten drei Jahren eingetreten.

Die zumindest teilweise Veränderung der 1994 eingeführten Maßnahmen beinhaltet, daß die inländischen Außenhandelsunternehmen einen Teil ihrer Einnahmen behalten können. Unternehmen im Außenhandel wird es gestattet, ein Devisenkonto zu eröffnen, und sie dürfen bis zu 15% ihres jährlichen Im- und Exportvolumens in Devisen halten. In den Genuß der neuen Bestimmungen kommen Handelsunternehmen, die einen jährlichen Außenhandelsumsatz von mehr als 30 Mio. Yuan und ein Stammkapital von 10 Mio. Yuan aufweisen, sowie Unternehmen mit Außenhandelslizenz, die ein jährliches Außenhandelsvolumen von mindestens 10 Mio. US\$ und ein Stammkapital von 30 Mio. Yuan nachweisen.

Mit diesem Schritt wird die Erwartung verbunden, daß ein Teil der Deviseneinnahmen von der Zentralbank in den Unternehmenssektor fließt, um den Abwertungsdruck zu reduzieren, der mit den extrem hohen und wachsenden Devisenreserven verbunden ist.

Eine Abwertung der Währung wäre auch eine außenwirtschaftspolitisch schwierige Entscheidung unter dem Gesichtspunkt, daß sich die USA bereits jetzt über die hohen Defizite im Handel mit China beklagen. Mit einem „billigen“ Yuan könnten die Exporte in die USA weiter steigen und der Konfrontationskurs sich verhärten. (SCMP, 30.9., 12.10. und 31.10.97; AWSJ, 13.10. und 28.10.97)

Um Währungsspekulationen zu verhindern, hat die Staatliche Devisenverwaltung in einem Rundschreiben nochmals den Handel der Währung für andere Zwecke als für die Finanzierung von Im- und Exporten untersagt. (SCMP, 31.10.97) -schü-

19 Fallende Immobilienpreise in Shanghai

Ein Anfang Oktober 1997 neu erstellter Immobilienpreisindex für Büromieten in Puxi/Shanghai macht deutlich, daß die Mieten seit ihrem Höhepunkt im Jahre 1995 um 48,9% gefallen sind. Die Verkäufe von Eigentumswohnungen sanken auf ein Siebtel gegenüber dem Niveau von 1994. Prognosen der Jones Lang Wootton, internationale Immobilienberatungsgesellschaft und Herausgeber des o.g. Index, gehen davon aus, daß die Prei-

se weiter sinken werden, bevor eine Preisstabilisierung eintreten wird. Einige Analysten rechnen sogar damit, daß die Büromieten innerhalb der kommenden 18 Monate um 40% und die Mieten für Privatwohnungen um 30% fallen könnten.

Zwischen 1993 und 1996 war die Nachfrage nach Immobilien aufgrund des starken Zustroms ausländischer Investoren nach Shanghai wesentlich höher als das Angebot. Als Folge stiegen die Mieten auf ein Niveau, das auch im internationalen Vergleich sehr hoch war. Diese Entwicklung war der Auslöser für Investitionen in den Immobilienmarkt und den Bau von zahllosen Bürohäusern und Eigentumswohnungen. Aufgrund des enormen Zuwachs an Wohn- und Mietfläche gibt es inzwischen ein Überangebot und einen Leerstand von 29,7% im alten Stadtteil von Shanghai. Im neuen Stadtteil Pudong, der zum internationalen Finanzzentrum ausgebaut wird, beträgt der Leerstand sogar 71%.

Shanghai bietet inzwischen rd. 2 Mio.qm Büroflächen für ausländische Unternehmen und 1 Mio.qm für inländische Nutzer. Schätzungen zufolge werden weitere 5,5 Mio.qm bis zum Jahre 2001 hinzukommen. (FT, 7.10.97)

Daß die Büroflächen derzeit so einen hohen Leerstand in Pudong aufweisen, wird u.a. darauf zurückgeführt, daß der Stadtteil noch nicht an das Metronetz angeschlossen ist. Dies soll im Jahre 1999 erfolgen. (SCMP, 29.10.97) -schü-

Binnenwirtschaft

20 Steigende Verluste der Staatsbetriebe und Konkurrenz

In den ersten acht Monaten dieses Jahres erhöhten sich die Verluste der staatseigenen Unternehmen um 5,1% im Vergleich zur Vorjahresperiode und beliefen sich auf 44 Mrd. Yuan. In den Provinzen Jilin, Gansu und Henan fielen die Verlustzuwächse mit 66,9%, 45,4% und 42,4% am stärksten aus. (XNA, 27.10.1997) Allerdings erhöhten sich auch die Gewinne im Staatssektor, und zwar um 6% und betragen 20,38 Mrd. Yuan. (SCMP, 27.10.97)

Zu den Verlustunternehmen zählen auch die Stahlhersteller. Das Ministerium für Metallurgie forderte die Stahlunternehmen kürzlich auf, die Verluste innerhalb der kommenden drei Jahre abzubauen. Das Ministerium verlangte von den Unternehmen konkrete Vorschläge und Schritte, wie sie ihre schwierigen Probleme lösen wollen. Von den 106 größten Stahlunternehmen Chinas schreiben 50 rote Zahlen; im Jahre 1996 waren es nur 32 Verlustunternehmen. Diese 32 Unternehmen verzeichneten im Jahre 1996 Verluste in Höhe von 2,7 Mrd. Yuan. Die 50 Verlustunternehmen wiesen zwischen Januar und Juli 1997 Verluste von 2,2 Mrd. Yuan auf. (AWSJ, 13.10.97)

Zu den Reformmaßnahmen, die auf dem 15. Parteitag beschlossen bzw. zur landesweiten Umsetzung freigegeben wurden, zählt auch der Verkauf maroder Staatsbetriebe. Im Oktober kündigte die Regierung an, daß sie 40 kleinere Staatsbetriebe aus den Bereichen Maschinenbau, Chemie, Elektronik, Nahrungsmittelverarbeitung, Baustoffe, Autoteile und Tourismus verkaufen wolle. (NfA, 21.10.97) Aus verschiedenen Provinzen werden bereits solche Verkäufe gemeldet.

Anfang Oktober wurde in Guangzhou, Provinz Guangdong, ein Konkursunternehmen versteigert. Es handelte sich dabei um die dritte Versteigerung eines Konkursunternehmens in Guangzhou. Das Unternehmen, die Guangzhouer Kamerafabrik, wurde für 19,6 Mio. Yuan angeboten, doch mußte der Preis nochmals auf 17 Mio. Yuan reduziert werden, um für einen Käufer attraktiv zu sein. Der Käufer, die Guangzhou Mechanical & Electrical Group, war nach eigenen Angaben jedoch nur am Grundstück des Unternehmens interessiert. Was aus den 216 ehemaligen Beschäftigten wird, ist unklar. Das 37 Jahre alte Unternehmen war aufgrund ausländischer Konkurrenzprodukte zunehmend unter Wettbewerbsdruck geraten und wies am Ende 3,6 Mio. Yuan Schulden auf. (SCMP, 10.10.97)

Eine andere Versteigerung eines Konkursunternehmens Anfang Oktober in Guangzhou betraf einen Stahlhersteller, der für 50 Mio. Yuan verkauft wurde. Der überwiegende Teil soll für die Unterstützung der freigesetzten Arbeitskräfte und für die Rückzahlung der Schulden verwandt werden. Zu den Vermögenswerten des Unternehmens zählen Landnutzungs-

rechte, das Fabrikgebäude, Maschinen sowie Produkte im Lager.

Nach offiziellen Angaben sollen ab 1992 zunächst 32 Unternehmen jährlich Konkurs in Guangzhou angemeldet haben, ab 1994 stieg ihre Zahl auf mehr als 70 Unternehmen. Insgesamt sollen Untersuchungen für 19 Konkursunternehmen begonnen haben; 4 Konkurse sind bereits abgeschlossen. (XNA, 5.10.97) -schü-

21 Die Fusionswelle rollt

Die Zahl der Fusionen, die von der Regierung ebenfalls als ein Instrument zur Umstrukturierung der Staatsunternehmen und als Mittel zur Behebung der Krise angesehen werden, erhöhte sich auch im Oktober. In der Provinz Fujian sollen sich 12 Unternehmen aus den Bereichen Maschinenbau, Leichtindustrie, dhemische und pharmazeutische Industrie, Motoren- und Kunststoffindustrie mit 38 anderen staatseigenen Unternehmen zusammengeschlossen haben. Die Fusion betrifft Vermögenswerte in Höhe von 2,79 Mrd. Yuan und rd. 18.600 Arbeitskräfte. Weiterhin wurden Fusionspläne der Hubei Yegang Group mit der Huangshi Number 2 Steel Group bekannt, die noch weitere zwei bis drei kleinere Staatsbetriebe in die Zusammenlegung aufnehmen wollen. (FT, 8.10.97)

Fusionen im Elektroniksektor setzen sich ebenfalls fort. Beispiel hierfür ist der Kauf verschiedener Unternehmen durch die südchinesische Konka Electronics Co, einer der größten Fernsehhersteller. Bereits 1993 übernahm das Unternehmen die Fernsehfabrik Mudanjiang in Nordostchina, 1995 dann einen 40%igen Anteil an der Ruyi Electric Corp. in Shaanxi und im Mai d.J. einen Anteil von 65% der Fernsehgerätefabrik Anhui Chuzhou. Strategie hierbei ist die Kapazitäts- und Marktausweitung. Gleichzeitig kann Konka damit neue Märkte im angrenzenden Ausland besser erschließen. Die Zusammenschlüsse haben im Elektroniksektor bereits dazu geführt, daß die vier größten Unternehmen, die Sichuan Changhong Electronic Group, Konka, TCL und das Unternehmen Xiongmao, bereits einen Marktanteil von ca. 50% halten. Ausländische Analysten gehen sogar davon aus, daß die Fusionswelle bis zum Jahre 2000 von den 95 größten Produzenten für Fernsehgeräte nur noch 20 übrigbleiben läßt. (NFA, 2.10.97)

Auch die Kautschukindustrie steht vor einer Umstrukturierung und Fusionen. So soll die staatlich kontrollierte China Rubber Group umstrukturiert werden in einen wettbewerbsfähigen Konzern mit neun Tochterunternehmen und 90 Zulieferbetrieben. Nach der Umstrukturierung plant der Konzern den Börsengang. (HB, 20.10.97)

Unternehmenszusammenschlüsse machen auch vor dem Dienstleistungssektor nicht Halt. So soll der China National Technology Import and Export Corp. (CNTIC) die Genehmigung erteilt worden sein, mit drei anderen Handelsunternehmen zu fusionieren. Hierzu zählen die China National Machinery Import-Export Corp. sowie die China National Instrument Import and Export Corp. und die China National Corp. for Overseas Economic Cooperation, ein Anbieter von Fachkräften für das Ausland. Gemeinsam werden die vier Unternehmen ein Volumen von rd. 7 Mrd. US\$ aufweisen und damit gleichziehen wie große internationale Konkurrenten. (NFA, 29.10.97) Der Zusammenschluß wird CNTIC, der bisher der drittgrößte Handelsriese war, auf Platz zwei hinter China National Chemicals Import & Export Corp. (SINOCEM) katapultieren. Dies Unternehmen wies 1996 einen Handelsumsatz von 8,5 Mrd. US\$ auf.

Eine weitere Fusion im Handelssektor betrifft das Unternehmen Cofco, das bisher hinsichtlich des Handelsumsatzes an dritter Stelle lag. Cofco wird mit China National Native Produce & Animal Byproduct Import-Export Corp. fusionieren. Das Handelsvolumen beider Unternehmen wird mit 4,55 Mrd. US\$ angegeben. Allerdings bestehen auch Pläne von seiten des letztgenannten Unternehmens, alternativ zur Fusion an die Börse zu gehen. (AWSJ, 27.10.92; XNA, 27.10.97)

Für die Lokalbehörden stellt die Zusammenlegung von Verlustunternehmen mit solchen Unternehmen, die Gewinne verzeichnen, eine verlockende Chance dar, Problemfälle zu lösen. Allerdings hat die Regierung Anfang Oktober nochmals die Behörden davor gewarnt, gesunde Staatsunternehmen zum Zusammenschluß mit Verlustunternehmen zu zwingen. Solche Fusionen würden die Marktgesetze verstoßen und Schaden anrichten. (SCMP, 6.10.97) -schü-

22 Erneute Zinssatzsenkungen

Zum drittenmal innerhalb der letzten 18 Monate hat die Zentralbank die Leitzinsen gesenkt. Mit Wirkung zum 23.10.97 wurden die Zinssätze für Spareinlagen um durchschnittlich 1,1 Prozentpunkte und die für Kredite um 1,5 Prozentpunkte reduziert. Ziel der Zinssatzsenkungen ist es, staats-eigenen Unternehmen eine geringere Zinsbelastung anzubieten und das Wirtschaftswachstum zu beleben. So war die Wachstumsrate des Bruttoinlandprodukts im 3.Quartal auf 8% zurückgegangen; im 2.Quartal hatte die Zuwachsrate noch 9,5% betragen. Die Wachstumsrate im gesamten Zeitraum Januar bis September betrug 9% und fiel damit geringer als erwartet aus. Auch der Wertpapiermarkt soll durch die Zinssatzsenkung belebt werden.

Die Zinssätze für langfristige Spareinlagen erlebten die stärkste Reduzierung, und zwar bei Einlagen mit einer fünfjährigen Laufzeit von 9% auf 6,6%. Die Zinssätze für Kredite mit drei- und fünfjährigen Laufzeiten sanken von 11,7% auf 9,9%; Kredite mit einer längeren Laufzeit als fünf Jahre haben statt 12,42% einen Zinssatz von 10,53%.

Die Zinssatzsenkungen fallen zusammen mit niedrigen Teuerungsraten. Zwischen Januar bis September d.J. erhöhten sich die Einzelhandelspreise lediglich um 1,3% und die Verbraucherpreise um 3,4%.

Nach Angaben des Staatlichen Statistikamtes erhöhte sich auch die Geldmenge in eher moderatem Umfang. So betrug die Zunahme der Geldmenge M0 in den ersten neun Monaten d.J. lediglich 12% im Vergleich zur Vorjahresperiode. Dagegen stiegen M1 und M2 um jeweils 17%.

Innerhalb des Industriesektors erreichten die staatseigenen Unternehmen lediglich einen Zuwachs ihrer Industrieproduktion um 5,4% in den ersten neun Monaten. Kollektiveigene Unternehmen sowie private einschließlich der mit Auslandskapital gegründeten Unternehmen verzeichneten dagegen Wachstumsraten von 11,4% bzw. 14,6%. (SCMP, 23.10.97; NZZ, 24.10.97; XNA, 23.10.97; AWSJ, 21.10.97) -schü-

23 Weitere Entlassungen

Anfang Oktober kündigte die Aviation Industries of China (Avic) an, daß sie, verteilt über die nächsten drei Jahre, insgesamt ein Fünftel bzw. 150.000 Arbeitskräfte entlassen werde. Als Begründung nannte Avic notwendige Umstrukturierungen und Effizienzverbesserungen. Das Unternehmen, das früher ein exklusiver Anbieter von Militärflugzeugen gewesen ist und zu dem eine Reihe von Unternehmen zählen, die zuvor einem Ministerium zugeordnet waren, plant den Übergang zur Produktion von Zivildflugzeugen.

Zur Unterbringung der entlassenen Arbeitskräfte will Avic Dienstleistungsbetriebe und andere Zivilproduktionsbetriebe gründen. Bis zum Jahre 2000 soll die gesamte Zahl der Beschäftigten auf nicht mehr als 500.000 gesenkt werden. Im Jahre 1996 belief sich das Verkaufsvolumen von Avic auf 23,9 Mrd. Yuan (2,9 Mrd. US\$, in diesem Jahr wird ein Umsatz von 26,3 Mrd. Yuan und Exporte von 850 Mio. US\$ erwartet. (FT, 4./5.10.97)

In einigen Städten wie beispielsweise in Chongqing, seit kurzem regierungsunmittelbare Stadt wie Beijing, Shanghai und Tianjin, soll bereits eine hohe Arbeitslosigkeit herrschen. Nach Angaben des stellvertretenden Chongqing-Bürgermeisters Xu Zhongmin, sollen rd. 420.000 Arbeitskräfte aus staatseigenen Unternehmen nunmehr arbeitslos sein. Xu zufolge habe die Stadt Probleme, neue Arbeitsplätze für die Arbeitslosen zu schaffen.

Insgesamt sollen die staatseigenen Unternehmen rd. 1 Mio. Arbeitskräfte in Chongqing beschäftigen. Yang Taiqi, stellvertretender Leiter der Chongqing-Wirtschaftskommission, gab einen Anteil von 72% der Staatsbetriebe an, die im letzten Jahre Verluste geschrieben hätten. Die Gesamtsumme der Verluste habe sich auf mehr als 2 Mrd. Yuan belaufen. Um die Staatsbetriebe zu beleben, sollen rd. ein Drittel in Aktiengesellschaften umgewandelt und ein weiteres Drittel verkauft, fusioniert oder in Gemeinschaftsunternehmen umgewandelt werden. Dem restlichen Drittel der Staatsunternehmen werde die Stadt größere Autonomie zugestehen.

Chongqing weist eine Gesamtbevölkerung, einschließlich der ländlichen Außenbezirke der Stadt, von über 30 Mio. Menschen auf. Neben der Umstrukturierung der Staatsbetriebe steht die

Stadtverwaltung vor der großen Aufgabe, rd. 1 Mio. Menschen wegen des Staudammbaus umzusiedeln. In diesem Jahr sollen erst 13.700 Menschen und 68 Fabriken umgesiedelt worden sein. (SCMP, 11.10.97)

Auch die Stadt Chengdu, Hauptstadt der Provinz Sichuan, sieht sich mit einer hohen Arbeitslosigkeit konfrontiert. Durch Konkurse verschiedener Staatsbetriebe sollen im 1. Halbjahr 16.000 Arbeitskräfte entlassen worden sein, so daß sich die Zahl der Arbeitslosen auf insgesamt 50.000 belaufen habe. Durch Vermittlung staatlicher Stellen sollen 21.000 eine neue Beschäftigung gefunden haben. (FT, 14.10.97)

In Beijing wurden offiziellen Angaben zufolge 141.000 Arbeitskräfte entlassen; 52.000 wurden als arbeitslos registriert. Es wird damit gerechnet, daß bis Ende des Jahres die Zahl der entlassenen Arbeitskräfte auf 170.000 und die der Arbeitslosen auf 80.000 steigen wird. Befragungen von 635 entlassenen Arbeitskräften in Beijing zufolge haben nur 6,6% eine Zusatzqualifikation erlangt, 5,61% wandten sich an den Arbeitsmarkt für eine Neueinstellung und 47,52% warteten auf eine Wiedereinstellung durch ihre alte Arbeitseinheit. Die größten Sorgen der Befragten waren die Erhaltung ihrer Pensionsbezüge, die medizinische Versorgung, Wohnungen sowie andere Zusatzleistungen. (SCMP, 20.10.97) -schü-

24 Lebensstandard und Armut

Einer Umfrage des amerikanischen Meinungsforschungsinstituts Gallup unter 3.727 Haushalten in China zufolge ist das Einkommen in den letzten Jahren um 75% (nominal) gestiegen. Während für 1994 noch ein Durchschnittseinkommen von 5.960 Yuan errechnet worden war, ergab die neue Untersuchung ein Einkommen von 10.400 Yuan (rd. 2.100 DM).

Die Befragung machte zwar deutlich, daß 73% der Befragten nach eigenen Angaben chinesische gegenüber ausländischen Produkten beim Kauf bevorzugten, doch erhöhte sich der Bekanntheitsgrad ausländischer Produkte erneut. So wurde das Produkt Coca Cola von 81% der Befragten erkannt, und auch der Volkswagen Santana zählt zu den fünf bekanntesten ausländischen Produkten.

Die Untersuchung zeigte weiterhin bestimmte Konsumtrends. So ver-

wenden zunehmend mehr chinesische Männer Haarpflegemittel, und fast ein Drittel der Frauen in den Städten benutzen einen Lippenstift. Aufgrund von gestiegenen Einkommen und mehr Freizeit habe sich weiterhin das Interesse an Urlaubsreisen deutlich erhöht. Nach Angaben der Tourismusbehörde würden bereits zwei Drittel der Einnahmen aus dem Tourismus von inländischen Urlaubern stammen. (FAZ, 27.10.97)

Während einerseits ein steigender Lebensstandard für den Durchschnitt der städtischen Bevölkerung zu verzeichnen ist, verschärft sich andererseits die Armut bestimmter Bevölkerungsgruppen. Hiervon sind vor allem ehemalige Beschäftigte der Staatsbetriebe betroffen, da aufgrund von Umstrukturierungsmaßnahmen viele Entlassungen erfolgten. Weiterhin zählen dazu Bauern in abgelegenen schwer zugänglichen Regionen, die in großer Armut leben. Mit Beginn der kalten Jahreszeit wurde in 30 Städten eine Kampagne zur Armutsbekämpfung begonnen. Die Stadt Beijing richtete z.B. vor den Ministerien für Zivilangelegenheiten und für Metallurgie sowie vor der Staatlichen Verwaltung für traditionelle chinesische Medizin und dem Obersten Gerichtshof Spendensammelstellen ein. Die Bevölkerung und insbesondere Regierungsbeschäftigte wurden aufgefordert, Geld, Kleidung und Decken zu spenden, um den Arbeitslosen sowie armen Bauern zu helfen. Auch in anderen Städten wie Shanghai, Nanjing, Chongqing, Qingdao, Yantai, Dalian, Wuxi und Huhhot wurden vergleichbare Kampagnen durchgeführt. Der Hauptteil der Spenden wird an die Bauern in den ländlichen Gebieten verteilt. (SCMP, 21.10.97)

In den ländlichen Gebieten wird die Armutsgrenze derzeit mit 580 Yuan Jahreseinkommen definiert. Im letzten Jahr sollen 58 Millionen Menschen auf der Basis dieser Definition als arm gegolten haben. Staatliche Mittel für die Armutsbekämpfung beliefen sich im letzten Jahr auf 10,8 Mrd. Yuan, davon waren rd. 50% zinsfreie Kredite. Die Lokalregierung ist verpflichtet, einen Betrag von 30 bis 50% der Summe für die Armutsbekämpfung bereitzustellen, die von der Zentralregierung in Aussicht gestellt wird. Die Mittel fließen in den Aufbau der Infrastruktur, insbesondere in die Verbesserung des Transportnetzes, in die Vorsorge gegen Naturkatastrophen sowie in die Vermittlung moderner landwirtschaftlicher Techniken an die Bauern. (XNA, 6.10.97)

Auch die Vereinigung der Behinderten hat die Regierung aufgefordert, das Problem der Armut behinderter Menschen zu lindern. Der Vorsitzende dieser Vereinigung, Deng Pufang, Sohn von Deng Xiaoping und selbst an den Rollstuhl gefesselt, nannte die Zahl von 17 Millionen behinderter Menschen in China, die von der Armut betroffen sind. Offiziellen Angaben zufolge sollen seit 1992 bereits drei Millionen behinderte Menschen durch Förderungsmaßnahmen aus ihrer Armut herausgekommen sein. (SCMP, 21.10.97)

Um die soziale Unruhe einzudämmen, die in manchen Gebieten in Form von Demonstrationen arbeitsloser Städter und verarmter Bauern aufgetreten ist, hat die Regierung hochrangige Vertreter in die verschiedenen Zentren gesandt. Diese haben eine Unterstützung für den landwirtschaftlichen Sektor zugesagt und die Lokalregierungen davor gewarnt, niedrigere als zentralstaatlich festgelegte Ankaufpreise für Getreide zu zahlen. (SCMP, 14.10.97)

SVR Hongkong

25 Die Unabhängige Antikorruptionskommission behauptet sich – Beijing stärkt Disziplinaufsicht in Hongkong

Unter der britischen Kolonialverwaltung hatte die *Independent Commission Against Corruption* (ICAC) als Organisation gegolten, die dank politischer Unabhängigkeit und umfassender Ermittlungsbefugnisse die Korruption in Regierungs- und Polizeiparagrafen erfolgreich eindämmte. Wegen ihrer Intransparenz wurde die Kommission gelegentlich auch als Geheimpolizei kritisiert, die ohne öffentliche Kontrolle operiere.

Die im April - also noch unter britischer Herrschaft - ernannte neue Hongkonger Kommissarin für Korruptionsbekämpfung (*lianzheng zhuan-yuan*) und Leiterin der ICAC, Lily Yam Kwan Pui-ying, bemüht sich um eine Veränderung dieses Images. Die fünfzigjährige Frau Yam ist die erste Frau an der Spitze der ICAC und verfügt über 25 Jahre Arbeitserfahrung in der Hongkonger Verwaltung. Sie ist offenkundig dazu ent-

schlossen, sich den neuen Herausforderungen nach der Machtübernahme durch die VR China zu stellen: Die ICAC soll zu einem offeneren, in der öffentlichen Diskussion präsenten Organ werden. (SCMP, 1.11.1997)

Seit Juni hat die ICAC eine Reihe von spektakulären Ermittlungen und Verhaftungen durchgeführt, die einige hochkarätige Hongkonger Finanz- und Handelsinstitutionen wie etwa die Mandarin Oriental Group trafen. Die Ermittlungen demonstrieren einerseits die Entschlossenheit, einer Ausbreitung von Korruptionsphänomenen in Hongkong entgegenzutreten. Ängsten in der Bevölkerung und in der Geschäftswelt soll auf diese Weise von Anfang an entgegengewirkt werden. Insofern steht auch ein politischer Imperativ hinter der verstärkten Öffentlichkeitsarbeit der ICAC. Zugleich wurde die Ermittlungsabteilung (Operations Department) durch 40 neue Beamte verstärkt und die Ausstattung verbessert. Schon Anfang dieses Jahres war bekanntgegeben worden, daß die ICAC den Einsatz verdeckter Ermittler und Informanten verstärken werde.

Die ICAC genießt weiterhin sehr hohes Ansehen in Hongkong und hat nun auch eine kleine Abteilung für internationale Kooperation eröffnet, um der Internationalisierung von Wirtschaftsverbrechen wirkungsvoller entgegenwirken zu können. Frau Yam hat auch damit begonnen, Kontakte nach Beijing zu pflegen. Anfang November 1997 reiste sie für sechs Tage in die chinesische Hauptstadt sowie nach Guangdong, um mit den dortigen Behörden für Korruptionsbekämpfung zu konferieren. (SCMP, 4.11.1997) In den Gesprächen dürfte es auch um einen verbesserten Informationsaustausch im Hinblick auf irreguläre Finanz- und Investitionsgeschäfte chinesischer Geschäftsleute und Funktionäre in Hongkong gegangen sein.

In Beijing versicherte der Stellvertretende Direktor des Staatsratsbüros für Hongkong- und Macau-Angelegenheiten, Liu Mingqi, daß die ICAC ihren unabhängigen Status behalten werde und daß Beijinger Behörden nicht in Korruptionsermittlungen von Hongkonger Stellen eingreifen würden.

Nach Informationen der Hongkonger *Hsin Pao* (20.10.1997) hat die Disziplinarkontrollkommission des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei in Hongkong eine Sondereinheit für Korruptionsermittlungen errich-

tet. Die Einheit, die im alten Gebäude der Bank of China untergebracht ist, befaßt sich ausschließlich mit Unregelmäßigkeiten in den Operationen chinesischer Staatskonzerne in Hongkong. Li Peng und Zhu Rongji sollen während ihres Hongkong-Aufenthaltes im September den in Hongkong tätigen hochrangigen chinesischen Wirtschaftsvertretern verkündet haben, daß Korruptionsdelikte strikt verfolgt würden.

Einige korrupte Geschäftsleute aus der VR China, so *Hsin Pao*, hätten in der Vergangenheit unter dem Vorwand „politischer Verfolgung“ mit Erfolg Asyl in westlichen Ländern beantragt und seien auf diese Weise Korruptionsermittlungen von Hongkonger und Beijinger Stellen entgangen. Auch hätten sich nicht wenige eine neue Staatsbürgerschaft in südamerikanischen Ländern „gekauft“.

Ob die Bemühungen der ICAC und Beijings um eine Eindämmung der Korruption in Hongkong dauerhaft für ein sauberes Wettbewerbsumfeld sorgen, wird entscheidend davon abhängen, wie gut die beiderseitigen Ermittlungsorgane zusammenarbeiten. Bis jetzt jedenfalls ist keine dramatische Verschärfung der Korruptionsentwicklung in Hongkong festzustellen. -hei-

26 Dong Jianhuas Regierungserklärung: Abschied vom wirtschaftspolitischen „laissez faire“?

In seiner ersten umfassenden Regierungserklärung (*policy address* bzw. *shizheng baogao*) formulierte Regierungschef Dong Jianhua am 8. Oktober eine implizite Abkehr von der „positive non-intervention“ und dem wirtschaftspolitischen „laissez faire“ der ehemaligen Kolonialregierung. Die SVR-Regierung strebt eine wesentlich aktivere Rolle in der Hongkonger Wirtschaft durch gezielte Förderung der Forschung und Produktion insbesondere im Bereich der Hochtechnologie an. Für die nächsten fünf Jahre kündigte Dong zusätzliche Regierungsinvestitionen in Höhe von insgesamt mehr als zehn Milliarden US-Dollar an, die unter anderem in die Infrastruktur, das Bildungswesen, das soziale Sicherheitssystem und den Wohnungsbau fließen sollen.

In seiner „Neuen Vision“ für die langfristige Zukunft Hongkongs rief Dong dazu auf, sich frei zu machen von den „psychologischen Beschränkungen